

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Informationssicherheit im Freistaat Sachsen

Stellungnahme des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e.V. in Zusammenarbeit mit dem dbb beamtenbund und tarifunion und der DSTG Sachsen

Die Informationstechnik der öffentlichen Verwaltung gehört zu den kritischen Infrastrukturen, die besonders gesichert werden müssen. Diesem Zweck dient, ähnlich wie das BSI-Gesetz des Bundes, der vorliegende Gesetzentwurf. Er sieht konkrete Berichts- und Sorgfaltspflichten vor und enthält mit dem Beauftragten für Informationssicherheit und dem Sicherheitsnotfallteam des Landes auch die wesentliche interne Infrastruktur, um diesen Auftrag zu gewährleisten. Dabei wird auch auf den in diesem Bereich notwendigen Umgang mit personenbezogenen Daten eingegangen, wobei aus unserer Sicht eine tragbare Abwägung zwischen Sicherheits- und Personenschutzaspekten vorgenommen wurde.

Insgesamt sind aus Sicht des SBB keine Einwände zu erheben.

Nannette Seidler
Landesvorsitzende